

MEINUNG

Europäischer Aussenseiter Schweiz

Über Sachprobleme hinaus sind es drei strukturelle Gründe, warum die Schweiz als isolierter europäischer Aussenseiter dasteht: Nichtteilnahme, Innen- statt Aussenpolitik sowie mangelndes Verständnis für Europa. Das hat auch wirtschaftliche Konsequenzen.

Daniel Woker

06.06.2023, 01.36 Uhr

Meinungsumfragen zeigen, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer mehr für die Ukraine tun will, auch militärisch, und dass diese Mehrheit Einvernehmen mit der EU will.

Die offizielle schweizerische Aussenpolitik scheint dies nicht zur Kenntnis zu nehmen; somit bleibt die Schweiz in diesen zwei weitaus wichtigsten Dossiers ihrer Aussenbeziehungen blockiert. Jenseits der dafür immer wieder angeführten Sachprobleme von Neutralität bis zur Arbeitszeitregelung im Binnenmarkt sind dafür mangelnde Teilnahme an und Verständnis für Europa verantwortlich.

Im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten ist die Schweiz und speziell ihre Minister, also der Bundesrat und seine Staatssekretärinnen in den beiden ausschlaggebenden Organisationen nicht präsent, in denen Europa seine Interessen wahrnimmt und verteidigt: in der EU und in der Nato. Das führt zu den drei folgenden strukturellen Problemen: Mangelnder Kontakt, Innen- statt Aussenpolitik, Europa sind auch wir.

Mangelnder Kontakt

Jeder Diplomat, jede Diplomatin, ebenso wie die Politikerinnen und Politiker aus Ländern, die beiden Organisationen erst nachträglich beigetreten sind, bestätigen, dass es eine Zeit vorher und eine ganz andere nachher gibt: Die aussenpolitischen Profis, eingeschlossen der Sachministerinnen und -minister, deren Dossiers heute zwangsläufig internationale Aspekte beinhalten, treffen sich praktisch täglich mit ihrem Gegenüber aus anderen befreundeten Ländern, setzen sich auseinander und handeln Kompromisse aus.

Dieser routinemässige Austausch, die ständige Notwendigkeit der Abwägung einzelner nationaler Interessen einerseits und andererseits der Interessen als Ganzes fehlt schweizerischen Vertretern.

Sprechendes Beispiel ist die offizielle schweizerische Europapolitik. Die Eckpunkte einer Einigung mit der EU sind längst bekannt: In der Teilnahme am Binnenmarkt – die eine überwältigende Mehrheit in der Schweiz will – sind einheitliche Regeln für alle Teilnehmer eine *conditio sine qua non*. Das schliesst den Europäischen Gerichtshof ein, ebenso einheitliche Regeln für allen grenzüberschreitenden Verkehr.

Weil aber schweizerische Ministerinnen und Minister diese Realität nicht im täglichen Austausch mit ihrem direkten Gegenüber erleben, schicken sie immer neue Staatssekretärinnen und Staatssekretäre nach Brüssel im falschen Glauben, vermeintlichen innenpolitischen Realitäten müsse und könne in bilateralen Verhandlungen mit der EU-Kommission Geltung verschafft werden.

Innenpolitik ist nicht Aussenpolitik

Noch jeder Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, jede Aussenministerin der Schweiz ist mit dem Anspruch angetreten, dass Aussenpolitik zunächst Innenpolitik ist. Das ist falsch. Oder allenfalls höchstens insoweit richtig, als eine ständige Notwendigkeit besteht, im Interesse des gesamten Landes eine notwendige Aussenpolitik speziell breit und eingänglich zu erklären.

Aussenpolitik ist – dies ist der zweite Grund – die Kunst der Regierung, staatsmännisch die für das ganze Land und seine Bevölkerung richtige Richtung vorzuzeichnen, um sich dann eines möglichst breiten Rückhaltes zu Hause zu versichern. Wenn das nicht, oder meist nicht vollständig gelingt, ist mit aller rhetorischer Klarheit eine Abgrenzung zu ziehen.

Dafür darf, ja muss auch das Gewicht des Staatsapparates eingesetzt werden; es gibt kaum eine schädlichere helvetische Weisheit als die Mär, vor einer Abstimmung dürfe die Regierung keine Stellung beziehen. Auch in unserer halbdirekten Demokratie wählen wir Politikerinnen und Politiker mit dem ausdrücklichen Auftrag, Politik zu machen und die beste Lösung für das Land den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu empfehlen.

In der Europapolitik bedeutet das im Moment die klare Abgrenzung gegen einen ideologisch argumentierenden Gewerkschaftspräsidenten und seine Adlaten auf der nationalistischen Linken und – ungleich gewichtiger – gegen die von Christoph Blocher angeführte und finanziell unterstützte nationalistische Rechte.

Europa sind auch wir

Die Schweiz ist in jeder Beziehung ein erzeuropäisches Land: Geografie, Geschichte, Landessprachen und Kultur sind ebenso europäisch wie schweizerisch. Was aber bei der Gründung der Eidgenossenschaft – demselben Vorgang, den Europa heute geht – den meisten klar war, ist in der gesättigten Schweiz verlorengegangen. Hier liegt der dritte Grund.

Dass die Aggression von Putins Russland auch ein Angriff auf Europa und seine Demokratie, also auch auf die Schweiz bedeutet, ist nicht bis zur offiziellen schweizerischen Aussenpolitik vorgedrungen. Wie wäre es sonst möglich, dass wir mit normaler humanitärer Hilfe – so wie sie die reiche Schweiz jeweils nach Erdbeben «weit hinten in der Türkei» leistet – und der Aufnahme einer gewissen Anzahl von Kriegsflüchtlingen – wie wir das etwa bei den Tibetern und den Tamilen gemacht haben – reagieren. Sonst aber gar keinem Beistand leisten und ganz am Ende stehen in der Rangliste der westlichen Unterstützung für die Ukraine.

Wirtschaftliche Konsequenzen

Diese drei Blockaden haben auch wirtschaftliche Konsequenzen. Die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist überlebenswichtig für den wohlhabenden Sozialstaat Schweiz. Alles andere, eingeschlossen Fantasien von bilateralen Freihandelsverträgen sind entweder Theorien von apolitischen Ökonomen oder von jenen, etwa in der Finanzbranche, die ihre Eigeninteressen in einem Alpen-Monaco, mit Hauptstadt in Zug, am besten aufgehoben sehen.

Folge ist, dass die Schweiz aufgrund ihrer hier dargelegten europäischen Aussenseiterrolle in verschiedener Hinsicht dafür bereits eine ständig zunehmende Zeche zahlt. In der Europapolitik betrifft das die Medtechbranche, die Maschinen- und Metallindustrie sowie die Energieversorgung des Landes, ebenso die Forschung und Wissenschaft unter dem europäischen Programm Horizon Europe.

Unsere Ukrainepolitik wird ihre wirtschaftlichen Folgen beispielsweise beim Grossprojekt Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes erleben. Wie von der ukrainischen Regierung klar signalisiert, wird sie sich dann an jene zuerst erinnern, die ihr in der Stunde höchster Not beigestanden sind. Die Schweiz zählt nicht dazu.

schafter der Schweiz in Australien, Singapur und Kuwait. Davor war er erster Direktor des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP), mit dem Titel eines Botschafters. Frühere diplomatische Posten umfassten Paris (Ministre Conseiller), Stockholm (stv. Missionschef) sowie Wirtschaftsrat an der Uno-Mission in New York. Heute arbeitet er als Spezialist für Geopolitik und Strategie, mit regelmässiger Vortragstätigkeit und Veröffentlichungen über den Grossraum Asien-Pazifik, speziell die ASEAN und Australien, über die arabische Halbinsel und die Entwicklung der EU. Zusammen mit dem früheren Schweizer Diplomaten Philippe Welti hat Woker das Unternehmen Share-an-Ambassador gegründet, das sich auf geopolitische Due Diligence spezialisiert.

Meere und Märkte: Geopolitik 2.0 als Schlüssel zur weltpolitischen Aktualität

Die beiden früheren Schweizer Botschafter Daniel Woker und Philippe Welti – beide auch freie Autoren im Team von The Market – haben in Zusammenarbeit mit The Market ein neues Smartbook verfasst: Geopolitik, die Beschäftigung mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, steht am Beginn jedes Auslandsgeschäfts. Die beiden Autoren, die in ihrer diplomatischen Arbeit unter anderem in Iran, Indien, Singapur und Australien stationiert waren, geben einen kenntnisreichen Überblick über die politischen, strategischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Weltregionen. Das Smartbook «Meere und Märkte: Geopolitik 2.0 als Schlüssel zur weltpolitischen Aktualität» kann im NZZ-Shop zu einem Preis von 33 Franken (inkl. Versandkosten) bestellt werden.

MEINUNG

Das Waterloo der schweizerischen Aussenbeziehungen

Ein selbst verschuldeter triple whammy hat das Ansehen der Schweiz, ihrer höchsten Vertreter und ihrer Aussenpolitik auf den tiefsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gebracht: Festgefahrene Europapolitik, feige Haltung gegenüber der um ihre Existenz kämpfenden Ukraine und nun die Kernschmelze der Credit Suisse, welche die Landesmarke im Namen trägt.

Daniel Woker 06.04.2023



MEINUNG

Revolution in China von Xi – oder gegen ihn?

Die Kehrtwende in der chinesischen Covid-Politik stellt eine Revolution dar. Unklar ist, ob der starke Mann Chinas, Xi Jinping, sie ausgelöst hat, oder ob er, im Gegenteil, durch ein unzufriedenes Kollektiv an der Spitze von Partei und Staat dazu gezwungen wurde.

Daniel Woker 07.02.2023



MEINUNG

Aussenpolitische Erbsünde

In der Europapolitik und der Neutralitätspolitik trägt die Schweiz schwer an traditioneller, aber unnötiger Erbsünde, wie das Jahr 2022 mit grosser Deutlichkeit gezeigt hat.

Daniel Woker 10.01.2023



vorherige ausdrückliche Erlaubnis von The Market Media AG ist nicht gestattet.